

Schranken für Zuzug fast wirkungslos

Die Limits für den Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern zeigen in Österreich wenig Wirkung. Nur in Irland jobben, gemessen am gesamten Angebot an Arbeitskräften, mehr Menschen aus Osteuropa.

Clemens Rosenkranz

Die Beschränkungen, die Österreich für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern errichtet hat, sind durchlässig geblieben. Binnen zwei Jahren hat sich der Anteil der Arbeitskräfte aus den Ländern, die 2004 der Union beigetreten sind, verdoppelt. Der Anteil der Osteuropäer am gesamten Arbeitskräfte-Angebot hat sich zwischen 2003 und 2005 auf 1,4 Prozent verdoppelt, in absoluten Zahlen sind es zwischen 50.000 und 60.000. Nur in Irland gibt es mit einem Anteil von 2,2 Prozent mehr Arbeitskräfte aus den zehn neuen Mitgliedsländern. Daher will die österreichische Regierung entgegen den EU-Empfehlungen die Übergangsfristen auf dem Arbeitsmarkt für drei Jahre (bis Ende April 2009) verlängern. Das dürfte aber nichts daran ändern, dass der Zustrom aus der neuen EU auf den Arbeitsmarkt kaum abreißen wird. Zudem kommen nach Österreich fast fünfmal mehr Menschen im erwerbsfähigem Alter aus dem Nicht-EU-Raum, schwerpunktmäßig aus Ex-Jugoslawien und der Türkei. Nicht zu vergessen laut Wirtschaftsministerium die starke Zunahme von sogenannten Scheinselbständigen, gegen die mit vermehrten Kontrollen vorgegangen wird. Zum

Zustrom von Jobsuchenden aus den neuen EU-Mitgliedsländern beigetragen haben zwei Faktoren: Einerseits der starke Zuwachs bei den Genehmigungen für Saisoniers, vor allem im Tourismus und in der Landwirtschaft. Betrug das Kontingent für saisonale Arbeitskräfte im Jahr 1995 weniger als 9.000, waren es im abgelaufenen Jahr schon mehr als 32.000.

Andererseits wurde der Zuzug aus dem Osten auch durch die sogenannten Grenzgängerabkommen gefördert. Diese sehen vor, dass Bewohner der Grenzgebiete als Pendler im jeweils anderen Staatsgebiet befristet auf ein Jahr tätig sein können. Die geografische Sonderituation Österreichs (Grenze mit vier neuen Mitgliedsländern) wird unisono als Grund für den vergleichsweise hohen Anteil von Arbeitskräften aus dem neuen Europa genannt.

Geballte Ladung

„Weder in Großbritannien, Irland noch in Schweden gibt es einen Ballungsraum in der Nähe eines Erweiterungslandes. Es gibt keine wirklich starke Migration, aber ein massives Einpendeln“, erläutert der Experte Gernot Mitter von der Arbeiterkammer. Schließlich liegt Wien nur 50 Kilometer von Bratislava entfernt. Mancher Tages



Handwerker aus Polen und anderen neuen EU-Ländern sind in Großbritannien und Irland heiß begehrt. Nicht nur, weil sie günstiger arbeiten. Sie sind auch gut ausgebildet. Foto: Meignieux/epa

pendler kann daher sogar mit dem Fahrrad mobil machen.

Die Öffnung der Arbeitsmärkte habe unterm Strich positive Auswirkungen gehabt, meinte EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla bei der Präsentation des Berichts zu den Übergangsfristen. Keinen Beleg gebe es dagegen dafür, dass zwischen dem Ausmaß der Mobilitätsströme aus den zehn neuen Ländern und den Übergangsregelungen ein Zusammenhang besteht, heißt es im Bericht der Kommission. Unterm Strich habe die Mobilität auf dem EU-Arbeitsmarkt nach der Erweiterung kaum zugenommen. Als Beispiel dafür nennt Gudrun Biffel vom österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut

Italien: „Die Quote hat 69.000 Zuwanderer betragen, in der Realität sind keine 30.000 gekommen.“ Auch in Schweden habe die völlige Öffnung des Arbeitsmarktes nach der Osterweiterung nicht den erwarteten Zustrom ausgelöst, ergänzt die Wifo-Arbeitsmarktexpertin.

Ganz anders schaut es aber in Großbritannien und in Irland aus. Zwar ist der Anteil der Arbeitssuchenden an der Erwerbsbevölkerung auf der grünen Insel höher als im Vereinigten Königreich. Absolut sind es aber 300.000 Menschen, die auf den britischen Arbeitsmarkt geströmt sind. Grund dafür ist ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften und ein Mangel an Handwerkern. „Die Polen füllen

Nischen auf dem Arbeitsmarkt aus und üben oft Tätigkeiten aus, die Einheimische nicht machen wollen“, sagt Janusz Grzyb vom Arbeitsministerium in Warschau. Dazu kommt, dass die Polen bereit sind, auch unter dem Mindestlohn zu malochen.

Der polnische Installateur ist in Großbritannien schon zum „Markenartikel“ geworden. In Frankreich versuchen die Polen gar der Angst vor einer Überschwemmung des Arbeitsmarktes durch Menschen aus der neuen EU-Mitgliedsländern mit einer Plakatkampagne zu begegnen. „Ich bleibe in Polen. Kommen Sie auch“, so das Poster, das mit dem Klischee des polnischen Installateurs (siehe Bild) spielt.

Hijacker greifen dem Internetnutzer in die Tasche

Die Betrüger im Internet setzen auf Mobilität. Über reale Firmenadressen werden Waren kurze Zeit angeboten – gegen Vorkasse.

Thomas Jäkle

Nach den Phishing-Attacken, bei denen Passwörter von Bankkonten geknackt werden und Betrüger Geld von Online-Konten abräumen, droht die nächste Betrugsstufe via Internet.

Geschickt getarnt, so gut wie nicht unterscheidbar von Unternehmen mit lauterer Absichten, handeln Hijacker im Internet. Sie schmücken sich dabei mit einem fremden Mascherl. „Hijacker organisieren mit Sorgfalt ihren Internetauftritt, indem sie sich die Anschrift von existierenden Unternehmen in Südeuropa herausuchen und

rundherum eine Website bauen, auf der sie ihre Dienste anbieten“, erklärt Österreichs Internetombudsmann Jürgen Gangoly im Gespräch mit *economy*.

Die Betrüger beschaffen sich neben der Firmenadresse auch die Firmenbuchnummer, sogar die Original-Telefonnummer wird auf die gefälschte Internetseite übernommen. Einziger gravierender Unterschied: Auf der Internetseite gibt es eine kostenlose oder zum Ortstarif verbilligte Hotline-Telefonnummer, die Kundenservice verspricht. Ruft der Kunde dort an, wird er prompt bedient und bestellt die Ware. Über ein Call-

center organisiert der Hijacker den Kundenservice. Das Callcenter macht seinen Job und hat ebenso wie die Firma, die Opfer des Hijacking wurde, keinen Schimmer von dem Betrug.

Per Vorkasse, hauptsächlich über Western Union, oder mit Kreditkartenzahlung bestellen die Kunden Laptop-Rechner, Flat Screens, HDTV-Geräte oder sonstige elektronische Artikel. In der Regel werden diese Güter zum Schnäppchenpreis angeboten. Aber auch Massengüter werden von Hijackern im Netz angeboten.

„Wenige Wochen nach der Bestellung via Internetshop

oder per Telefon-Hotline ist die Internetseite inaktiv, aber das Geld ist überwiesen und endgültig weg“, sagt Gangoly. Die Hijacker nutzen oft das Zeitfenster von vier bis sechs Wochen, das für die Lieferzeit avisiert wurde. Gegebenenfalls nutzen sie für diese Zeit noch die Dienste des Callcenters. Es bekommt von den Gaunern den Auftrag, den Anrufern mitzuteilen, dass sich die Lieferung um ein paar Tage oder Wochen verzögern kann, um die Kunden zu beruhigen.

Ego-Surfing gegen Hijacking

Den Scherbenhaufen haben oft die Firmen, unter deren Namen und ohne deren Wissen eine gefälschte Website erstellt wurde. Sie bekommen dann tatsächlich Anrufe von geprellten Käufern sowie Besuch vom Staatsanwalt, wie in Italien gesehen.

Einen Schutz, sagt Gangoly, gebe es derzeit nicht. Die Branche ist ratlos, wie man sich

wirksam vor dieser gefinkelten Art des Betrugs schützen soll. „Wenn jemand ein 4.000 Euro teures neues Elektronikgerät zum halben Preis anbietet, müsste man misstrauisch werden und spätestens bei der Zahlungsart Vorkasse das Hirn einschalten“, meint Gangoly. „Vor allem, wenn man die Internetadresse nicht kennt, ist doppelte Vorsicht angesagt.“

Das Problem wurde kürzlich auf der Konferenz der Internet-Ombudsmänner in Warschau in Polen erstmals diskutiert. In Schweden, Finnland und Dänemark wird bereits in mehreren Fällen ermittelt – größtenteils erfolglos. In Österreich sei noch kein Fall bekannt, erklärt Gangoly. Unternehmen können sich selbst nur davor schützen, in dem sie hin und wieder Ego-Surfing im Internet betreiben. So kann festgestellt werden, ob jemand anderer im Netz unter der eigenen Anschrift illegale Geschäfte im Internet betreibt.

www.ombudsmann.at